

2021 erreichten die Vereinigten Staaten nicht nur das höchste Wachstum seit 1984, sondern könnten das in dieser Hinsicht vielbewunderte China, gerade im Start zum nächsten Fünf-Jahres-Plan, übertreffen.

Zum Jahresende 2020 lösten sich drei politische Verklebungen auf, die der Erschöpfung der Globalisierung in den vergangenen Jahren Antrieb oder Signum gegeben haben: 1) Joe Biden besiegte in der US-Präsidentenwahl trotz aller Erwartungen Donald Trump. Beide erzielten historische Werte in der *Popular Vote*, die Wahlbeteiligung erreichte mit fast 63 Prozent den höchsten Wert seit der Kennedy-Wahl 1960. 2) Die Europäische Union und das Vereinigte Königreich konnten kurz vor Toresschluss die kaum noch für möglich gehaltene Einigung über ein Handelsabkommen erzielen. 3) Schließlich gelang es am 30. Dezember 2020, das seit sieben Jahren verhandelte Investitionsabkommen der Europäischen Union mit China erfolgreich abzuschließen.

Die Gefahr fortdauernden Chaos und fortdauernder Wirrnis in den Beziehungen beider angelsächsischer Staaten zu ihren wichtigsten Partnern konnte gebannt werden. Doch die grundsätzlichen Probleme sind nur abgemildert, nicht aufgelöst oder beseitigt: Die USA sind getrieben von den binnenwirtschaftlichen Divergenzen und ihren politischen Reflexen in der Gegnerschaft beider großer Parteien – strukturell auf der Seite der Freihandelskritiker und Globalisierungsskeptiker verankert. Die Schwierigkeiten im Rahmen der WTO bei der Besetzung des Schiedsgerichts haben unter Obama begonnen, die Parole „Buy American“ war Teil der Biden-Kampagne auf dem Weg zur Präsidentschaft. Das Vereinigte Königreich gehört der Europäischen Union nicht mehr an und das Freihandelsabkommen erscheint zwar als das kaum noch erwartete Heilsgeschenk, ändert aber nichts an dem Versagen aller Beteiligten, den Brexit zu verhindern.

Mit China auf einen gemeinsamen Nenner in Fragen der Investitionen zu kommen, hat sich in den vergangenen Jahren als immer schwieriger erwiesen. Das am Ende die Pekinger Führung gegenüber der Europäischen Union deutliche Zugeständnisse beim Marktzugang und auch beim Thema Wettbewerbsverzerrungen machte, dürfte der geopolitischen Lage mit dem Wechsel im Amt des US-Präsidenten geschuldet sein. Denn Joe Biden hat deutlich gemacht, dass er in der

Sache ebenso hart wie sein Vorgänger sein, aber zudem die Kraft der transatlantischen Partnerschaft nutzen werde. Es wird sich erst im Alltag erweisen müssen, ob die EU nicht nur mit Zusagen abgesperrt wurde, an den gelebten Geschäftspraktiken sich aber nichts Wesentliches ändern wird. Jedenfalls ist das Abkommen – auch wenn das EU-Parlament die Beratung darüber im Juni 2021 ausgesetzt hat – ein wichtiges Signal gegen die vielen protektionistischen Tendenzen in der Weltpolitik und auch für neue Chancen zwischen der EU und China mit Blick auf die „Regionale, umfassende Wirtschaftspartnerschaft“ zwischen 14 asiatisch-pazifischen Staaten und China (*Regional Comprehensive Economic Partnership*, RCEP). Unwahrscheinlich ist indes, dass China damit seine strategischen globalen Ziele revidiert oder aufgibt.

Das *deutsche Geschäftsmodell* – industriebasiert und exportgetrieben – lief vor fünf Jahren außerordentlich erfolgreich, wie es seit dem Jahr 2011 vor allem die nahezu stetige Dynamik der Wirtschaftsleistung und der Anstieg der Erwerbsquote deutlich machen; die *goldene Dekade* war erst zur Hälfte realisiert. Die im Jahr 2018 einsetzende Industrierezession blieb in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unreflektiert und wurde durch die Stabilität bei Konsum sowie Bau überdeckt. Die Unternehmen haben auf die konjunkturelle Verdüsterung nur zögerlich reagiert, zu sehr drängten Fragen der Transformation in den Vordergrund, die nach grundsätzlichen Antworten verlangen. Dekarbonisierung, digitaler Wandel, demografische Alterung konstituieren in ihrer gemeinsamen Dringlichkeit den schärfsten Strukturwandel, dem die deutsche Volkswirtschaft seit der Wiedervereinigung ausgesetzt war. Dabei kann nicht mehr selbstverständlich daraufgesetzt werden, dass die deutsche Volkswirtschaft wie bisher durch eine Weiterentwicklung der globalen Arbeitsteilung Unterstützung erfährt.

Am Beginn der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts gilt: Die Erschöpfung der Globalisierung ist zur Tatsache geworden, die neuen Handlungsmöglichkeiten und Hoffnungswerte müssen erst noch genutzt, die darin liegenden Chancen auf strukturellen Wandel gegen die globale Desintegration in Stellung gebracht werden. Auf allen Ebenen – der wirtschaftlichen Integration durch Arbeitsteilung und Spezialisierung, der politischen Rahmung durch handlungsfähige und akzeptierte Institutionen, der Perzeption und Akzeptanz weltweiter Vernetzung

in den Gesellschaften, der gesellschaftlichen Bereitschaft zur transnationalen Kooperation – und aus vielen Gründen – die Überforderung demokratischer Verfahren durch die globalisierungsbedingte Fernbeeinflussung, die unterschätzte Nachwirkung der Weltwirtschaftskrise 2008/2009, der Anpassungsdruck auf einfache Arbeit in den Industrieländern, die scheinbar unkontrollierbar gewordene Migration, zuletzt sicher auch die so nicht erwartete und fundamental wirkende Covid-19-Pandemie – ist diese Erschöpfung zu diagnostizieren:

- Die bedeutsamste Last resultiert aus neuen Konfliktstrukturen, zu denen das normative Projekt der Globalisierung mit dem *Wettstreit der Großen Mächte* geronnen ist. Solche Konflikte und Konkurrenz zwischen Staaten bringen historisch zum Ausdruck, dass die bestehenden Institutionen, Regeln und Verfahren nicht mehr wie gewohnt binden und tragen, dass ein unbestimmtes Gefühl nach Neuem sich breitmacht und dass bei der Suche nach diesem Neuen politische und nicht ökonomische Macht entscheidend sein könnte (Abschn. 1.1).
- Die darin greifbare *Aporie an überzeugenden Zukunftsgeschichten* ist das nicht überraschende Signum einer Epoche der technisch und sozial unbegrenzten Möglichkeiten, die sich im Raum mit ökologischen und gesellschaftlichen Überforderungen sowie Limitierungen stoßen. Die Folgen sind gesellschaftliche wie individuelle Erschöpfung und Müdigkeit bei leichter Reizbarkeit, wie es historisch aus einer vergleichbaren Konstellation im Übergang vom 19. auf das 20. Jahrhundert („Fin de Siècle“) überliefert ist (Abschn. 1.2).
- Aber es fehlt nicht nur an Zukunftserzählungen, sondern es wirken auch *Enttäuschungen und Illusionen* über die bisher erlebte und erfahrene Globalisierung in die gleiche Richtung. Dabei sind enttäuschte Erwartungen auf allen Seiten zu vermerken, bei den Industrieländern ebenso wie bei den Entwicklungsländern und bei den Transformationsökonomien auf eigene Weise. Darüber legt sich die Erfahrung des Globalisierungsparadoxons, das den Legitimationsdruck auf die demokratischen Verfassungen und Verfasstheiten erhöht (Abschn. 1.3).

- Angesichts dieser Spannungen wird die Frage noch bedeutsamer, ob und wie *Demokratie und Globalisierung* konstruktiv und synergetisch zusammengedacht und entsprechend organisiert sowie gemanagt werden können. Ist es tatsächlich so, dass wir hier einem systematischen Widerspruch ausgesetzt sind, oder gibt es nicht gute Gründe, auf das Gegenteil zu setzen (Abschn. 1.4)?
- Gelingt dies, dann wird es umso besser und friktionsfreier möglich, der dritten Globalisierung gesellschaftlich, politisch und institutionell einen Weg zu eröffnen. Dafür sind die ökonomischen Transmissionswege der Globalisierung im Zusammenspiel mit den politischen und gesellschaftlichen Gegenbewegungen sowie Überspannungsproblemen zu verknüpfen. Die Perspektive einer dritten Globalisierung verbindet sich damit, den erstarkten *Hierarchien* neue *Netzwerke* zu bauen (Abschn. 1.5).

1.1 Die neue Qualität: Wettstreit der Großen Mächte

Brexit-Votum und Trump-Wahl waren zwar die international bestimmenden politischen Ereignisse im Jahr 2016 und bestätigten unsere These einer Erschöpfung der Globalisierung, doch erst in den folgenden Jahren wurde erkennbar, wie weit damit deren Infragestellung vorangetrieben und in welchem Maße eventunabhängig dabei grundlegende strukturelle Spannungen wirksam wurden. Die *Finanzkrise* wirkte nach, indem sie in vielen Gesellschaften der Kritik der Marktwirtschaft und der Globalisierung neuen Schub versetzte. Die *Fluchtkrise* war zwar noch jung und der bereits 2008 durch das Finanzsystem erlebte Kontrollverlust erschien in einem anderen Kontext, er wurde aber gleichermaßen globalisierungsgetrieben gedeutet und als Bedrohung nationalstaatlicher Souveränität gesehen. Im Frühjahr 2020 entwickelte sich ein zuerst nur regionales Infektionsgeschehen in China mit einem neuen Virustyp zur *Corona-Pandemie*, die das Unversehrtheitsversprechen, das moderne Gesellschaften dem Einzelnen geben, auf den Prüfstand stellt, zu absoluter Sicherheit überhöhte und wegen

der unvermeidbaren Relativierung letztlich der Globalisierung einen schweren Schlag versetzte. Allerdings konnten so zügig wie nie zuvor nicht nur ein, sondern gleich eine Vielzahl an Impfstoffen entwickelt werden, was sowohl mit Blick auf die zugrunde liegenden Forschungen als auch auf Produktion, Verteilung und Genehmigungsverfahren nur in der zweiten Globalisierung möglich sein konnte.

Was bei der Finanz- und Wirtschaftskrise mit der *Etablierung des G20-Formats* der Staats- und Regierungschefs noch als neuer Ansatz und damit als Chance für die multilaterale Kooperation zu deuten war, das fehlte bereits in der Fluchtkrise selbst auf europäischer Ebene weitgehend oder kam erst im Nachhinein ohne Aussicht auf Erfolg zum Zuge. In der Pandemie wurde zwar am 26. März 2020 der G20-Notfallgipfel online durchgeführt, doch dieser blieb ohne Beschlüsse und Vereinbarungen. Die Welt war erkennbar ohne Führung – ein völlig anderes Bild der Globalisierungspolitik dominierte als in den Jahren 2008/2009. Die Fluchtmigration wurde als Angriff auf die nationale Souveränität gedeutet, sodass selbst die supranationalen europäischen Regeln und Verfahren keine Wirkungsmacht mehr entfalten konnten. Die Pandemie aber wirkte als Notstand, der wie selbstverständlich den Nationalstaat in seiner umfassenden Souveränität herausforderte, sodass auch hier eine europäische Koordinierung zunächst nicht gelang und während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 sogar Grenzsicherungen in der EU als normal erschienen.

Der Pandemie-Schock hat die Globalisierung existenziell getroffen, doch die Globalisierung ist nicht dadurch in die Krise geraten, sondern strukturell und politisch seit längerem unter Druck. Die Erschöpfung der Globalisierung manifestierte sich in einer weitgehenden Abkehr von der multilateralen, regelbasierten Ordnung. Die *Welthandelsorganisation* ist heute in ihrer Bedeutung substanziell geschwächt, der Streitschlichtungsmechanismus ist – schon die Obama-Administration hatte, wie erwähnt, dazu beigetragen – weitgehend ohne Einfluss und die Ersatzlösung durch eine Gruppe europäischer Staaten sowie China ist mehr Symptom der Krise als deren Remedur. Neue Ansätze sind politisch derzeit kaum aussichtsreich, wenngleich unterschiedliche Ländergruppen verschiedene Vorschläge entwickelt haben; die Chancen durch die neue US-Administration sind erst zu mobilisieren und jedenfalls kein Selbstläufer. Hinzugekommen